

11. Jahrestagung des Arbeitskreises Frauengesundheit (AKF)

AKF will Paradigmenwechsel für ein frauengerechtes Gesundheitssystem

zwd Berlin (sop) - Ein frauengerechtes Gesundheitssystem kann sich nur dann etablieren, wenn die Lebensumstände von Frauen in sämtlichen Gesundheitsbereichen auf allen Ebenen berücksichtigt werden. Unter diese Prämisse hat der Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesell-

schaft (AKF) seinen Forderungskatalog für ein frauengerechtes Gesundheitssystem gestellt. Die Charta wurde am 12. November, kurz vor Beginn der AKF-Jahrestagung „Nur mit uns... ein FRAUENgeRECHTES GESUNDHEITssystem“ in Berlin, von der Mitgliederversammlung beschlossen.

„Das gesamte Versorgungssystem muss spezifisch auf den Bedarf von Frauen und Männern zugeschnitten werden. Nur so entsteht eine allen Patientinnen und Patienten angemessene und letztlich auch in den Kosten effiziente Versorgung“, sagte die AKF-Vorsitzende Ursula Sottong. Zahlen zu möglichen Einspareffekten einer geschlechtergerechten Gesundheitsversorgung fehlen zwar bis dato, der ökonomische Nutzen wird jedoch angesichts der Unter-, Über- und Fehlversorgung von Frauen und der enormen Folgekosten von kaum einer Seite mehr angezweifelt.

Alle Beteiligten zum Gender Mainstreaming schulen

Im Gleichklang mit der Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation (WHO) versteht der AKF Gesundheit als einen Prozess, der immer auch abhängt von einer selbstbestimmten Lebensweise, vom Zugang zu medizinischen und sozialen Versorgungssystemen, unbedingt auch von der Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.

Weil geschlechtsspezifische Unterschiede in Krankheit und Gesundheit - obwohl wissenschaftlich mehrfach belegt - im Gesundheitswesen kaum Eingang gefunden haben, fordert der Arbeitskreis einen dringenden Paradigmenwechsel in der gesundheitlichen Versorgung von Frauen ein. Einen wichtigen Ansatzpunkt sieht der Verein dabei in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Heil- und Gesundheitsberufe: Hier soll im medizinischen, therapeutischen und pflegerischen Bereich Gender Mainstreaming

und ein umfassendes Gesundheitsverständnis gemäß der Ottawa-Charta „verpflichtend aufgenommen werden“ - und zwar mit Hilfe verbindlicher Curricula, deren Umsetzung regelmäßig kontrolliert werden müssten. „Verantwortlich in eine gendergerechte Versorgung einbezogen, entsprechend geschult und in die Gesamtversorgung“ eingebunden werden sollen dabei auch alle anderen Leistungserbringer wie zum Beispiel ApothekerInnen und MitarbeiterInnen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).

Handlungsbedarf sehen die AKF-Frauen auch in Bezug auf eine geschlechtersensiblen Gesundheitsberichterstattung von Bund und Ländern. Gesundheitsberichte sollen die Lebensformen und -weisen von Frauen stärker in den Blick nehmen, außerdem Frauengesundheitsorganisationen in die Berichterstattung stärker einbeziehen.

Gesundheitsreform für Frauen stößt noch an Grenzen

Für die Entscheidung, welche neuen Therapieverfahren in den Leistungskatalog der GKV aufgenommen werden, muss laut AKF ein genderspezifischer Wirksamkeitsnachweis erbracht werden. Maßgeblich hierbei sollen außerdem die subjektive Lebensqualität und die gesundheitsökonomischen Auswirkungen für beide Geschlechter im Sinne des Gender-Budgeting sein.

Der AKF mischt sich auf diese Weise in die Gesundheitsreformdebatte ein. Seine Vorsitzende Ursula Sottong zeigt sich entschlossen: „Jetzt müssen

wir sehen: Wie kriegen wir Fleisch drauf.“

Welche Chancen sich für Frauen durch die angestoßenen Reformen im Gesundheitswesen auftun, wo aber das System bisher an seine ureigenen Grenzen stößt, machte Ellen Kuhlmann vom Zentrum für Sozialpolitik an der Universität Bremen am Beispiel der integrierten Versorgung deutlich - für die Soziologin der „Schlüssel für Veränderungen“.

Multidisziplinarität und Teamkonzepte könnten streng genommen für die Gesundheitsberufe eine Reihe von Verbesserungen bringen. Doch sei das deutsche Modell der integrierten Versorgung auf die Ärzteschaft begrenzt und binde weder PatientInnen noch die (frauendominierten) Gesundheitsberufe ein.

GM keine galante Geste, sondern rechtliche Pflicht

Die Geschlechterperspektive könne jedoch ein *eye-opener* für Versorgungsdefizite sein und damit insgesamt zur Verbesserung und Qualität beitragen.

Geschlechterunterschiede zu berücksichtigen, bedeutet für Kuhlmann zudem „keine galante Geste des Entgegenkommens, sondern eine rechtliche Verpflichtung“.

Diese Chancen werden aus ihrer Sicht bislang aber von politischer Seite nicht konsequent genug verfolgt. Neben der Konzentration auf die Ärzteschaft sei die dominante Entscheidungsstruktur von Krankenkassen und Ärzteschaft zwar verschoben, aber nicht grundlegend ausgeweitet worden. ■

Download der AKF-Charta unter: www.zwd.info/Dokumente

Bundesrat

Bekämpfung des Menschenhandels beschäftigt Vermittlungsausschuss

zwd Berlin (sop) - Das mit den Stimmen aller Bundestagsfraktionen beschlossene Gesetz zur Bekämpfung des Menschenhandels geht in den Vermittlungsausschuss. Ihn hat der unionsdominierte Bundesrat - unter anderem auf Initiative Bayerns - am 26. November angerufen.

Bayern fordert, dass die Strafbarkeit der Freier ins Gesetz mit aufgenommen werden soll - trotz einer Übereinkunft aller Bundestagsfraktionen, diese Problematik in einem gesonderten Verfahren zu behandeln, wie Erika Simm, Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion im Rechtsausschuss, scharf kritisierte. Bayern verzögere damit das Inkrafttreten des Gesetzes unnötig.

Nach den geplanten Änderungen des Strafgesetzbuches sollen laut Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) die Täter nun härter bestraft und die Opfer besser geschützt wer-

den. Nach dem neuen Recht macht sich künftig nicht nur strafbar, wer Menschen in die Prostitution treibt, sondern sie auch in Peep-Shows oder für pornographische Zwecke unwürdig ausnutzt. Auch werden die Regelungen zur heute schon strafbaren Zwangsverheiratung verschärft: Sie wird demnächst als besonders schwerer Fall der Nötigung bestraft. Menschenhandel wird nun auch in den Fällen geahndet, in denen das Opfer unter Ausnutzung einer Zwangslage oder auslandsspezifischer Hilflosigkeit, durch Drohung oder List zu menschenverachtender Arbeit gezwungen wird. Mit der Gesetzesverschärfung soll es für Opfer von Menschenhandel einfacher werden, Anzeige gegen ihre Peiniger zu erstatten. Strafrechtliche Ermittlungen wegen möglicher ausländerrechtlicher Verstöße gegen das Opfer selbst können leichter eingestellt werden. ■

**zweiwochen
dienst**

**FRAUEN
UND POLITIK**

Nr. 213 | 2004, S. 8

Sachsen

Gender Mainstreaming als Leitprinzip in der Öffentlichen Verwaltung

zwd Dresden (dia) - Gleichstellungspolitik soll als Querschnittsaufgabe in den Fokus „gesellschaftspolitischer Zukunftsstrategien“ rücken. Das sieht der 86-seitige Koalitionsvertrag vor, den die Regierungsparteien CDU und SPD auf ihren Parteitagen am 6. November beschlossen haben. Sozialministerin

und damit zuständig für die Frauen- und Gleichstellungspolitik des Landes wird weiterhin die 51-jährige Helma Orosz (CDU) bleiben. Die Frauen- und Gleichstellungspolitik nimmt innerhalb des Sozialministeriums kein eigenes Ressort ein, sondern ist angesiedelt in einer Leitstelle für Frau und Mann.

Der Koalitionsvertrag widmet der „Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit“ fast zwei Seiten. Neben der Verbesserung von Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt wollen die sächsischen Regierungsparteien auch die Zahl weiblicher Führungskräfte erhöhen. Außerdem

sollen die Rahmenbedingungen für Eltern verbessert werden, die unbezahlte Familienarbeit und bezahlte Erwerbsarbeit unter einen Hut bringen.

Den Anteil von Frauen in zukunftsorientierten technischen Berufen sowie in der Wissenschaft will die Landesregierung erhöhen und jungen

Frauen bei der Berufsorientierung und Ausbildung unter die Arme greifen.

Gender Mainstreaming soll als Leitprinzip in die öffentliche Verwaltung eingeführt werden. Darauf müsse das Führungs- und Leitungspersonal der öffentlichen Einrichtungen allerdings gezielt vorbereitet werden, heißt es in der Vereinbarung. Auch der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen wollen sich die Koalitionäre annehmen. „Häusliche Gewalt ist ein gesellschaftliches Problem, das nicht hingenommen werden darf.“ Die Landesregierung kündigte an, innerhalb eines Jahres einen Landesaktionsplan gegen häusliche Gewalt vorzulegen. Ausdrücklich begrüßt sie nicht nur die Zusammenarbeit mit den sächsischen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, sondern auch mit Frauenvereinen und -verbänden. Ihre Arbeit sei ein wichtiger Beitrag, die „Interessen von Frauen in der Gesellschaft zur Geltung zu bringen“. ■

minderjährigen Müttern

zwd Hamburg (idr) - Ein gravierender Anstieg von Teenagerschwangerschaften ist in Hamburg nicht zu verzeichnen. Das hat ein Bericht über junge Mütter ergeben, den die Hamburger Sozialbehörde am 10. November vorgestellt hat. Insofern bestehe kein Bedarf an „zusätzlichen besonderen Spezialangeboten für minderjährige Mütter und ihre Kinder“, resümiert Cordula Stuck, Leiterin des Kinderschutzzentrums Hamburg und Autorin des 50 Seiten umfassenden Reports. Mit der Studie „Minderjährige Mütter und ihre Kinder. Hilfebedarfe und Hilfeangebote“ reagierte die Hamburger Sozialbehörde auf Medienberichte, wonach eine deutliche Zunahme von Teenagerschwangerschaften zu beobachten sei.

Von 1990 bis 1999 wurden in Hamburg jährlich zwischen 108 und 143 Kinder von Teenagern geboren. In den Jahren zwischen 2000 und 2002 lag diese Zahl mit durchschnittlich 164 Geburten etwas höher. Anhand der Untersuchungsergebnisse sei weder ein deutlicher Anstieg an minderjährigen Müttern in Hamburg zu erkennen noch ließe sich ein solcher Trend feststellen, so der Bericht der Hamburger Sozialbehörde. Insgesamt sei die Quote der 15-jährigen Mütter seit 1980 konstant. Bei den 16- bis 18-Jährigen nehme sie sogar ab. ■

zwd Frauen und Politik

Nr. 213/2004 - 19. Jahrgang / Seite 13

zwd Frauen und Politik

**zweiwochen
dienst**
FRAU
UND
P

ADG

Geschlechterdiskriminierung als Tatbestand

zwd Berlin (sop) - Geschlecht wird als Kriterium in das von der Bundesregierung geplante Antidiskriminierungsgesetz (ADG) aufgenommen werden. Darauf haben sich am 12. November in einem Spitzengespräch die Regierungsparteien SPD und Bündnis 90 / Die Grünen in Berlin geeinigt.

Nach der Vorgabe der Europäischen Union wäre Diskriminierung im Handel und bei Dienstleistungen nur wegen Rasse und ethnischer Herkunft verboten gewesen. Insbesondere auf Drängen der Grünen soll das neue ADG nun auch die Merkmale Geschlecht, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexuelle Identität erfassen - Kriterien, die nach EU-Richtlinien eigentlich nur für die Diskriminierung im Arbeitsleben gelten. Doch gilt für all diese Merkmale insofern eingeschränkter Schutz, als hiervon nur Mengengeschäfte erfasst werden sollen.

Irmgard Schewe-Gerigk, frauenpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, sieht die Koalition bei der Umsetzung der EU-Richtlinien gegen Diskriminierung auf einem guten Weg. Mit dem neuen ADG wolle

die rot-grüne Koalition ein positives gesellschaftspolitisches Zeichen setzen.

„Der diskriminierungsfreie Zugang zum Arbeitsmarkt und zu öffentlich angebotenen Waren und Dienstleistungen ist in unserer Marktwirtschaft beileibe keine Kleinigkeit. Hier geht es um elementare Fragen gesellschaftlicher Teilhabe.“ Befürchtungen, dass mit Inkrafttreten des ADG eine Prozessflut über Deutschland hereinbreche, teilt die Grünen-Politikerin nicht. In anderen Nachbarländern hätten sich Antidiskriminierungsgesetze in der Praxis gut bewährt - und präventiv gewirkt.

Die DGB-Vizechefin Ursula Engelenkefer und die CDU-Politikerin Rita Süßmuth forderten, im neuen ADG sollten Sanktionen festgelegt werden, „die abschreckend und damit wirksam sind.“ Darüber hinaus dürften die Beweislastregelungen die Rechtswahrnehmung nicht von vornherein über Gebühr erschweren. Eine starke und unabhängige Gleichbehandlungsstelle müsse einheitlich für alle Diskriminierungsmerkmale als Anlauf- und Dokumentationsstelle eingerichtet werden.

Mit dem Gesetzentwurf wird noch in diesem Jahr gerechnet. ■

Zu viel Arbeit macht krank

zwd Dortmund (dia) - Härtere Arbeitsbedingungen konterkarieren die politischen Bemühungen um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das erklärte die Arbeitsgemeinschaft Interessenvertretung Alleinerziehende (AGIA), ein Zusammenschluss katholischer Verbände, am 16. November in Dortmund. „Die aktuellen Verhandlungen über eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit und eine

Reduzierung des Jahresurlaubs gehen zu Lasten von Familien“, warnte die AGIA. Insbesondere bei allein Erziehenden führe zuviel Arbeit in Verbindung mit der alleinigen Zuständigkeit für Kinder und Haushalt häufig zu Erkrankungen. Erziehungszeiten im Erwerbsleben sollen nach dem Willen der AGIA stärker berücksichtigt und die Zumutbarkeitsregelungen familiengerecht gestaltet werden. ■

zwd Frauen und Politik

Nr. 213/2004 - 19. Jahrgang / Seite 15

EAF-Tagung „Bildungskultur und Begabungsreserven“

Noch zahlen Frauen für ihr Begabungspotenzial

zwd Berlin (sop) - Die Begabungsreserven für die deutsche Wirtschaft liegen zu großen Teilen bei den Frauen. Darin sind sich Experten und Expertinnen längst einig. Doch wie können diese Potenziale genutzt werden, wenn der Chancengleichheit noch derart viele Hindernisse im Weg stehen: „Wir brauchen die Erwerbstätigkeit der Frauen. Wir brauchen aber auch ihre Fähigkeit, Kinder zu bekommen“, machte Barbara Schaeffer-Hegel, Vorstandsvorsitzende der Europäischen Akademie in Politik und Wirtschaft Berlin (EAF), am 23. November in Berlin deutlich.

enerwerbstätigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung“ geladen. Thomas Marquardt, Personalchef des Halbleiterherstellers Infineon, wies auf die Diskrepanz von gewünschten und tatsächlich geborenen Kin-

dern von Frauen mit hohem Bildungsgrad hin: Wünschen sie sich im Schnitt 1,8 Kinder, bringen sie tatsächlich nur 1,1 Kind zur Welt. „Diese Falle muss

Die EAF hatte zur Internationalen Konferenz „Bildungskultur und Begabungsreserven. Über den Zusammenhang von Bildungssystemen, Frau-

UNICEF

Mädchenbildung ist ertragreichste Entwicklungsinvestition

zwd Berlin (sop) - Weltweit gehen 65 Millionen Mädchen im Grundschulalter nicht zur Schule. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) will mit seiner am 15. November gestarteten Weihnachtsaktion „Klasse für Mädchen“ benachteiligten Mädchen im Sudan, Nepal, Afghanistan und auf Haiti zu einer Grundbildung verhelfen.

„Wer einem Mädchen den Besuch einer Schule ermöglicht, fördert nicht nur ein einzelnes Kind, sondern investiert in die Zukunft der ganzen Gesellschaft,“ sagte UNICEF-Schirmherrin und Bundespräsidentengattin Eva Luise Köhler zum Kampagnenstart in Berlin. Auch die Weltbank hat bereits auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht: Aus ihrer Sicht ist die Bildung von Mädchen eine der ertragreichsten Entwicklungsinvestitionen.

Besonderes Gewicht habe Schule in den ärmsten Ländern der Welt sowie in Krisen- und Kriegsgebieten, beton-

te JoAnna Van Gerpen, Leiterin von UNICEF Sudan. Hier hat das Kinderhilfswerk in den Flüchtlingslagern Tausende Notschulen eingerichtet. Im kriegszerstörten Süden des Sudan hilft das UN-Kinderhilfswerk, einfache Dorfschulen zu bauen. Außerdem besteht für ältere Mädchen die Möglichkeit, in Lernzentren nach ihrer tagtäglichen Arbeit am Unterricht teilzunehmen. Im zentralafrikanischen Staat schließt nur eines von 100 Mädchen die Schule ab.

In Mädchenbildung zu investieren hat aus der Sicht von UNICEF auch Folgen für die gesamte Gesellschaft. So sinke etwa die Kindersterblichkeit mit jedem zusätzlichen Schuljahr der Mütter bis zu zehn Prozent. Bildung sei überdies das „beste Verhütungsmittel“ und der „beste Impfstoff gegen AIDS“: Frauen mit Schulbildung heirateten später, bekämen weniger Kinder und würden selbständiger. Auch hätten sie eher die Chance, die notwendigen Informationen zu erhalten, um sich vor AIDS zu schützen. ■

aufgehoben werden“, so Marquardt. Zumal, wie der dreifache Vater ausführte, die Qualität dieser Frauen auch darin liege, dass sie mehrere Dinge gleichzeitig tun können.

Jutta Allmendinger, Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ärgert sich: „Ich wehre mich gegen den Grundsatz der Unterschiedlichkeit.“ Vielmehr müssten Frauen mehrere Dinge gleichzeitig tun - nicht zuletzt auch weil sie nach wie vor in erster Linie für die Familienarbeit zuständig seien. Hier sei man vor zehn, 20 Jahren schon weiter gewesen.

Flexible einsetzbare Rentengutscheine

Die Führungsfrau sprach sich für eine grundlegende Überarbeitung der Infrastruktur aus - und zwar nicht nur beschränkt auf die Kinderbetreuung.

An ein „Karriere und Familie“ glaubt Allmendinger weniger. Doch angesichts der steigenden Lebenserwartung und der größeren Gebärspanne von Frauen müsse ein generelles Umdenken stattfinden: „Warum brauchen wir die rigiden Altersgrenzen. Wir sollten uns Lebensläufe leisten, die ein, zwei Jahre Weiterbildung oder Familienzeit ermöglichen.“ Für denkbar hält die Soziologin, dass Rententeile künftig als Gutscheine ausgehändigt und im Laufe des Lebens eingelöst werden können. Um einen solchen Paradigmenwechsel schlagkräftig einzuleiten, wünscht die IAB-Frau sich eine entsprechende Kommission, die sich mit der Entzerrung von Lebensläufen beschäftigt. Die Soziologin plädiert auch für „stärkere Allianzen der Familien- und Bildungspolitik“. Trotz vieler Konvergenzen würde zu ressortspezifisch gedacht.

„Es ist kein Problem der Bildung von Frauen. Es ist auch kein Problem des Nichtwollens von Frauen.“ Doch obwohl Frauen teilweise besser ausgebildet seien als ihre Kollegen, würden sie noch immer etwa 15 Prozent weniger verdienen. Insofern, spottet Allmendinger, hätten Frauen „nichts anderes zu tun, als für ihr Potenzial noch zu zahlen“. ■

Karin Junker - Gastkommentar

Von den Notwendigkeiten einer Einwanderungskultur

zwd Düsseldorf - Seit dem Mord an dem niederländischen Regisseur van Gogh ist nicht nur Holland in Not. Was also tun, um zu verhindern, dass Holland überall ist? Wohl

wissend, dass es leider keinen hundertprozentigen Schutz vor Gewalt, Amokläufern und Terroristen geben kann, sind nüchterne Überlegungen angesagt, nicht Panikreaktionen.

Unbeschadet der Frage, ob die Einzeltat überhaupt vermeidbar gewesen wäre, ist es begrüßenswert, dass eine Diskussion über die Notwendigkeiten, denen sich eine Einwanderungsgesellschaft stellen muss, in Gang gekommen ist. Als eine, die seit Jahrzehnten in der Nähe der niederländischen Grenze lebt, ahnte ich schon lange, dass die Toleranz jenseits der deutschen Staatsgrenze vor allem Indifferenz war. Dadurch wurde die Entstehung von großflächigen Parallelgesellschaften begünstigt, in denen europäische Rechtsgrundsätze und Wertvorstellungen nichts gelten.

Wir sind ein Einwanderungsland

In Deutschland ist das weniger weit fortgeschritten, aber durchaus in bedenklichen Ansätzen vorhanden. Wie also ist damit umzugehen, ohne uns dem Verdacht der Fremdenfeindlichkeit auszusetzen? Zunächst hilft ein Blick in andere Teile der Welt. Ich habe Dutzende von multiethnischen, multireligiösen und multilingualen Ländern in Afrika, Asien und (Latein-) Amerika bereist. Subtile, wenn nicht sogar offene Formen der Diskriminierung sind jedoch leider häufig. Eine wirklich multikulturelle Gesellschaft habe ich nirgendwo angetroffen, „Schmelztiegel“ schon gar nicht. Wer wirklich Integration will, muss sich von den schönen Träumen trennen und der weniger romantischen Wahrheit ins Auge sehen. Im Sinn einer nützlichen Versachlichung sollte man bei uns von einer Einwanderungsgesellschaft sprechen, die wir ja seit langem sind.

Eine Integration, die den Namen verdient, kann nur gelingen, wenn wir den Zugewanderten auf gleicher Augenhöhe begegnen, ohne sie einer eindimensional verstandenen „Leitkultur“ unter-

werfen zu wollen. Den Eid auf das Grundgesetz zu erzwingen, heißt nicht, innere Überzeugung für unsere Grundwerte zu bewirken. Wir müssen für unsere Wertvorstellungen werben. Wir müssen es schaffen, die Zugewanderten davon zu überzeugen, dass es attraktiv ist, in einer Gesellschaft zu leben, die sich an demokratischen Grundsätzen und Rechtsstaatlichkeit orientiert, in der Frauen gleichberechtigt sind und Gedankenfreiheit herrscht.

Womit ich beim Islam wäre. Wer in der Welt herumgekommen ist, weiß, Islam ist nicht gleich Islam. Was in Saudi-Arabien verboten ist, hat schon in den benachbarten Emiraten keine Gültigkeit mehr. In beiden Fällen haben nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer kein Wahlrecht. In Dschibuti auf der anderen Seite des Golfs gibt es dagegen weibliche Abgeordnete und eine Frauenministerin. Die Afrikanische Union, in der fast alle afrikanischen Staaten zusammengeschlossen sind, bekennt sich mit ihren islamischen Mitgliedern zur Gleichstellung der Frau. Dem Panafrikanischen Parlament, dessen Vorsitzende eine ausgemachte Feministin ist, müssen mindestens zwanzig Prozent Frauen angehören, und zwar in jeder nationalen Delegation. Hier finden wir Bündnispartnerinnen und Bündnispartner auf der internationalen politischen Bühne, die helfen können, dem Islam ein modernes Gesicht zu geben.

Natürlich sollen alle Zugewanderten Deutsch lernen. Aber Sprachkenntnisse allein bewirken noch keine Integration. Der Mörder von Holland hinterließ sein Pamphlet in fehlerfreiem Niederländisch, integriert war er deshalb nicht. Deutschland kann auf längere Sicht für Zugewanderte zwar nicht Vaterland, wohl aber zur Heimat werden. Das setzt

aber voraus, dass sie sich in unserer Wertewelt zu Hause fühlen.

Die meisten Muslime in Deutschland kommen aus der Türkei und zwar häufig aus bildungsfernen, abgelegenen Provinzregionen, in denen sich Religion und Tradition auf eine besonders rückständige Weise mischen (Zwangsheirat, Ehrenmorde, brutale Gewalt gegen Frauen etc.).

Islamunterricht an Schulen einführen

Dem gegenzusteuern, bedarf es einer Politik, die sich konsequent gegen jede Form von Steinzeit-Islam und Fundamentalismus wendet und die Identifikation mit den Standards einer aufgeklärten Gesellschaft fördert. Toleranz hat da ihre Grenzen, wo andere Intoleranz zum Maßstab nehmen.

Hasspredigern etwa und Islamisten muss der Boden entzogen werden. Man kann aus vielerlei Gründen nicht verlangen, dass in Moscheen durchgängig deutsch gesprochen wird. Aber man kann und muss mit rechtsstaatlichen Mitteln ein Auge darauf haben, was in Moscheen geschieht. Zwingend erscheint mir neben einem „Kopftuchverbot“ u. a. die Einrichtung von Lehrstühlen für Islamwissenschaften und anstelle fragwürdiger „Importe“ die Ausbildung von Imamen bzw. Religionslehrer/innen an deutschen Hochschulen nach dem neuen Modell von NRW, die Einführung von Islamunterricht an unseren Schulen in deutscher Sprache und das Verbot von Koranschulen mit dem Ziel, ein aufgeklärtes Islamverständnis zu verbreiten.

Karin Junker ist Mitglied des SPD-Parteivorstandes und Vorsitzende der Kommission Gleichstellungspolitik

Auf der 49. Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 28. Februar bis 11.

März 2005 in New York wird der Stand der Umsetzung der "Pekinger Aktionsplattform" überprüft, die auf der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 als Meilenstein in der Geschichte der internationalen Frauenbewegung verabschiedet wurde. Alle Mitgliedsstaaten, auch die Bundesrepublik Deutschland, sind aufgefordert über die Umsetzung der Aktionsplattform zu unterrichten.

<

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/gleichstellung,did=21884.html>>

Teilzeitbeschäftigte Frauen sind Zuverdienerinnen: ein Vorurteil

Mit dem Vorurteil, teilzeitbeschäftigte Frauen seien zumeist Zuverdienerinnen, räumt das Statistische Bundesamt auf. Nach Ergebnissen des Mikrozensus 2003 ist für 79 Prozent der weiblichen Teilzeitbeschäftigten in Ostdeutschland ihr Verdienst die Hauptquelle für den Lebensunterhalt. Mehr als die Hälfte sucht daher eine Vollzeitstelle. Im Westen des Landes beträgt der Anteil der teilzeitbeschäftigten Hauptverdienerinnen 67 Prozent. Hingegen lebt nur gut die Hälfte der Teilzeit arbeitenden Männer in ganz Deutschland vom eigenen Erwerbseinkommen. Im alten Bundesgebiet leben 28 Prozent der weiblichen Teilzeitbeschäftigten im Wesentlichen vom Unterhalt von Familienangehörigen. In den neuen Ländern tun das nur drei Prozent. In ganz Deutschland ist jeder siebte teilzeitbeschäftigte Mann von Angehörigen abhängig. 70 Prozent geben als Grund eine Ausbildung an. Zehn Prozent der teilzeitbeschäftigten Frauen in Ostdeutschland leben überwiegend von Arbeitslosengeld oder -hilfe. www.destatis.de (Mikrozensus)

Quelle: Chancengleich. Info-Service, Dezember 2004

Weitere Informationen zur Teilzeitarbeit:

<http://www.bmwa.bund.de/Navigation/Beruf-und-Karriere/teilzeit.html>

Weniger Frauen beginnen Informatikstudium

zwd Bielefeld (idr) - Die Zahl der Studienanfängerinnen im Bereich Informatik ist im Jahr 2003 stark zurück gegangen. Das geht aus einer Kurzübersicht der Studie „Frauen in Ingenieur- und Naturwissenschaften an deutschen Hochschulen 2003 At a Glance“ hervor, die auf den Daten des Statistischen Bundesamtes basiert und erstmals Zahlen aus den Bachelor- und Masterstudiengängen auswertet. Rund 9 Prozent Studentinnen weniger als im Vorjahr haben sich für das seit dem Einbruch der IT-Branche ohnehin stark rückläufige Informationsstudium entschließen können. Bei den Männern hingegen ist ein Anstieg um etwas mehr als 2 Prozent zu verzeichnen. Insgesamt, so zeigt die Auswahl an Daten, die das Kompetenzzentrum Bielefeld ausgewertet hat, ist der Anteil an Frauen in der Fächergruppe

Mathematik/Naturwissenschaften im Vergleich zum Vorjahr nur um fast 4 Prozent gestiegen, während er bei den Männern mit 8 Prozent etwas mehr als doppelt so hoch liegt. Im Gegensatz dazu steht der anhaltend positive Trend in den Ingenieurwissenschaften. Insgesamt haben sich über 13 Prozent mehr Studentinnen als im Vorjahr für diesen Bereich entschieden, der Anteil an Männern ist um rund 16 Prozent gewachsen. Besonders ausgeprägt ist das Interesse von Studentinnen am Maschinenbau. Schon zum zweiten Mal übersteigt die Anzahl der Studienanfängerinnen mit fast 20 Prozent die Anzahl ihrer Kommilitonen mit rund 19 Prozent. ■

Die Kurzübersicht ist zu finden unter: www.kompetenzz.de/daten_und_fakten/studium_daten_und_fakten